



Viele Branchen verhandeln

TARIFBEWEGUNG NIMMT FAHRT AUF



**ZUKUNFT
SICHERN.**

TARIFBEWEGUNG JETZT

► **CORONAIMPFUNG** Was Arbeit-
nehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt
wissen müssen. → Seite 22

► **STEUERERKLÄRUNG** Werbungs-
kosten, Pendlerpauschale: Was es vom
Fiskus zurückgibt. → Seite 24

► **BEZIRK**

INHALTSVERZEICHNIS

- 4 IG Metall vom Betrieb aus denken** Zahlen, Daten, Fakten zum Projekt, das die Organisationsstärke sichert.
- 6 Viele sein. Stärker werden.** Wer bis zum 30. April 2021 ein IG Metall-Mitglied wirbt, bekommt ein Geschenk.
- 7 Betriebsratsgründung** Arbeitsminister Heil will die Mitbestimmung stärken. Der IG Metall gehen die Pläne nicht weit genug.
- 8 Wettlauf Energiewende** Klimaschutz ist auch ein Rennen um die Poleposition bei den Zukunftstechnologien.

TITEL **Tariffbewegung 2021: Die IG Metall verhandelt in fast allen Branchen**

10 2021 wird das Jahr der Tariffbewegungen für die IG Metall. Coronakrise und Transformation sind zu bewältigen. Arbeitgeber wollen sparen, abbauen, verlagern und schließen. Die IG Metall will dagegen jetzt und in Zukunft Beschäftigung sichern, die Einkommen stärken und auch endlich für Gerechtigkeit sorgen. Das heißt: Angleichung für den Osten und Übernahme auch für dual Studierende.

Titelfotos: Rupert Oberhäuser/pa, Hendrik Schmidt/dpa-Zetralbild/dpa/pa, Emma Innocenti/Westend61/pa

- 14 Ein Amerikaner in Ulm** Nikola produziert gemeinsam mit Iveco emissionsfreie Elektro- und Wasserstofftrucks.
- 16 Hat 48 Jahre für die Beschäftigten geackert** Heinz Knue war Jugendvertreter und Betriebsrat. Jetzt ist er Landwirt.
- 18 Streit um die Maske** Der VW-Betriebsrat in Zwickau hat durchgesetzt, dass Beschäftigte die Maske maximal zwei Stunden am Stück tragen müssen. Der Arbeitgeber will das ändern.
- 20 Wenn Pflege arm macht** Der Fall von Helmut Adler und seiner Frau Marita zeigt: Die Pflegeversicherung braucht eine Generalüberholung.
- 22 Müssen sich Arbeitnehmer impfen lassen?** Jurist Tjark Menssen erläutert, was Beschäftigte jetzt wissen sollten.
- 24 Steuererklärung** Wir zeigen, was Steuerpflichtige wegen der Coronapandemie beachten sollten.
- 26 Smarte Ausbildung fürs Smart Home** Bist Du technikbegeistert und gut in Mathe? Dann werde doch Gebäudesystemintegrator!
- 27 Interview** Corona erschwert den Berufseinstieg: Die IG Metall fordert eine Ausbildungsgarantie.
- 28 Aus den Bezirken**
- 30 Lokales/Karikatur**
- 31 Rätsel/Impressum**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Januar 2021



Foto: http://www.fotogestoeber.de/Stock



Foto: Stephen Petrat

Klimaschutz Der Umbau von Wirtschaft und Industrie ist auch eine große Chance, zukunftsfähige Produkte in Deutschland zu bauen und Jobs zu sichern. → Seite 8

Teure Pflege Sieben Jahre lang hat Helmut Adler seine Frau Marita zu Hause gepflegt. Nun bezahlt er das Pflegeheim – und wird dabei langsam arm. → Seite 20



TARIFBEWEGUNG 2021: LIVESTREAM AM 1. MÄRZ

Blockt Euch den Termin im Kalender und sagt Euren Kolleginnen und Kollegen Bescheid:

► **Am 1. März, ab 17 Uhr** geht die IG Metall mit einem großen Livestream zur Tariffbewegung auf Sendung. Wir wollen gemeinsam auf unsere Forderungen und den aktuellen Verhandlungsstand blicken, die aktuelle Situation in den Betrieben und Regionen beleuchten und natürlich auch einen Blick in die Zukunft werfen.

► **Abschluss oder Warnstreik: Wie gehts weiter?** Natürlich ist auch für ein vielfältiges Unterhaltungsprogramm gesorgt! Wir halten Euch mit aktuellen Infos auf igmetall.de auf dem Laufenden.

Also: Tragt Euch den Termin ein, macht mit und informiert alle Eure Kolleginnen, Kollegen und Bekannten!

Beschäftigung sichern



Zukunft gestalten



Einkommen stärken





Foto: Sven Hopper/dpa/pa



Illustration: JJCasas/stock.adobe.com

Impfen Wir beantworten die wichtigsten Fragen, die sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Coronaimpfung stellen. → Seite 22

Steuererklärung Ob Werbungskosten oder Pendlerpauschale – meist lohnt sich eine Einkommensteuererklärung. Wir zeigen, was zu beachten ist. → Seite 24

LESERFOTO



Foto: privat

Leser Tim, sechs Monate jung, hat sein Homeoffice zur ausgiebigen Lektüre der metallzeitung genutzt. Papa Anton Kleinlein hat fotografiert.

Korrektur: metallzeitung 1/2021: Ratgeber »Das ändert sich 2021«

Zum 1. Januar 2021 wurden die Beitragsbemessungsgrenzen angehoben: Die bundeseinheitliche Grenze in der Kranken- und Pflegeversicherung ist von 4687,50 Euro auf 4837,50 Euro im Monat gestiegen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

GEWONNEN

Januar-Rätsel Lösungssumme: 19

1. Preis: Holger Buck, Hemmoor; 2. Preis: Silke Cole, Lahnstein; 3. Preis: Maximilian Rüttenauer, Ravenstein. Wir bitten um Verständnis, dass sich der Versand der Preise wegen des bundesweiten Lockdowns um einige Wochen verzögert.

EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Gemeinsam aus der Krise

Große Krisen meistert man nur gemeinsam. Wir alle zusammen müssen den Lockdown mit Erfolg hinter uns bringen, bis uns die Impfkampagne zurück in unser altes Leben lässt. Auch aus der Wirtschaftskrise, die der Coronapandemie geschuldet ist, kommen wir nur gemeinsam.

Zu Beginn dieses Jahres laufen in vielen Branchen der IG Metall Tarifverhandlungen: in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Textilindustrie, bei VW, der Stahlindustrie und weiteren Branchen. Wir wollen daraus eine große gemeinsame Tarifbewegung vor Ort gestalten.

Angesichts der Coronapandemie wäre es angemessen und zielführend, wenn die Arbeitgeber ihre Verweigerungshaltung ablegen und konstruktiv an den Themen arbeiten würden. Aber einige der Verbände wollen offensichtlich die Krise dafür nutzen, Tarifrechte abzubauen und Entgelte zu senken.

Wir dagegen wollen drei Ziele erreichen, die eng miteinander verbunden sind: Beschäftigung sichern, Zukunft gestalten und Einkommen stabilisieren. Diese Forderungen greifen Themen auf, die unseren Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennen. Das haben sie in der Beschäftigtenbefragung deutlich gemacht. Für sie werden wir als IG Metall kämpfen.

Erfolge erzielen wir dort, wo wir mitgliederstark sind. Daher ist die Mitgliederwerbung gerade in solch schwierigen Zeiten eine wichtige Voraussetzung für den politischen Erfolg. Wir wollen die Tarifbewegung dafür nutzen. Unterstütze auch Du uns, indem Du mit Deinen Kolleginnen und Kollegen sprichst. Selten bietet eine Zeit so gute Argumente für solidarisches Handeln und eine starke Gewerkschaft wie die vor uns liegenden Monate.

Bleibt gesund!

Gemeinsam

neue Wege gehen

PROJEKT Wie bleibt die IG Metall auch in Zukunft stark? Das ist die Leitfrage des Projekts »IG Metall vom Betrieb aus denken«. Als Gewerkschaft wollen wir herausfinden, wie wir uns verändern müssen, damit wir weiterhin organisationsstark, konfliktfähig und kompetent agieren können – und es uns gelingt, die Transformation im Interesse der Beschäftigten zu gestalten. Zahlen, Daten und Fakten zum Projekt, das wir gemeinsam kraftvoll vorantreiben. | **Von Jan Chaberny**

483 Delegierten, die einstimmig beschlossen die beim 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Nürnberg im Oktober 2019 zusammenkamen, das Projekt »IG Metall vom Betrieb aus denken«. Die Kampagne ist eine Aktion der gesamten IG Metall. **Der Leitgedanke ist: Die IG Metall als Organisation soll dort noch stärker stattfinden, wo wir tagtäglich arbeiten, im Betrieb.** Dort wollen wir die IG Metall sichtbarer und erlebbarer machen – damit wir dauerhaft stark bleiben.

4 **JAHRE** nimmt sich die IG Metall Zeit für das Projekt. Die Fragen, die wir uns über unsere Arbeit stellen, sollen in einem breiten Beteiligungsprozess diskutiert, Vorschläge sollen gemeinsam erarbeitet, erprobt und bewertet werden. Die wichtigsten Akteure sind dabei zunächst 1000 Kolleginnen und Kollegen, die sich als »Veränderungspromotorinnen« engagieren wollen. Diese Promotorinnen und Promotoren erarbeiten Vorschläge für eine weiterhin erfolgreiche IG Metall. Unsere Bildungszentren unterstützen die Beteiligten. Dazu dient die Seminarreihe **»Wir gestalten die Zukunft der IG Metall mit«, kurz: »die Zukunftsreihe«.** Dort werden die Kolleginnen und Kollegen konkrete betriebliche Projekte planen und vorantreiben – und anschließend Impulse für die Weiterentwicklung der IG Metall geben.

DER PROJEKTABLAUF

* 2020/2021:

Veränderungspromotoren engagieren sich in Veränderungsprojekten und absolvieren die Zukunftsreihe.

* Herbst 2021:

Die Beteiligten diskutieren in jedem IG Metall-Bezirk über Ergebnisse und Ideen zur Veränderung der Gewerkschaftsarbeit.

* Frühjahr 2022:

Es folgt ein großer bundesweiter Kongress.

* Herbst 2023:

Die Delegierten des Gewerkschaftstags ziehen Schlussfolgerungen und beraten über weitere Veränderungsschritte.

Ganz viele

Branchen sind im Projekt vertreten.

Es engagieren sich Aktive aus dem Automobil-, Maschinenbau- und Stahlsektor. Genauso wie aus der Haushaltsgeräteherstellung, der Medizintechnik, der Holzbearbeitung, aus Wäschereien und vielen anderen Bereichen.

IG METALL VOM BETRIEB AUS DENKEN

51

Trainerinnen und Trainer unterstützen die Veränderungspromotoren bei der Umsetzung ihrer betrieblichen Projekte. Die Zukunftsreihen finden in kombinierten Workshop- und Arbeitsphasen statt und sollen jeweils in rund 20 Wochen Ergebnisse bringen. Das Besondere an den Zukunftsreihen sind neue methodische Ansätze des agilen Projektmanagements. Es geht also nicht nur um die Planung und das Fachwissen, um ein Thema voranzubringen, sondern auch um Fragen wie: »Woran erkenne ich, dass etwas in die falsche Richtung läuft? Wie kann man reagieren?« **Die Trainerinnen und Trainer ermutigen die Kolleginnen und Kollegen, Neues auszuprobieren und sich in kleinen Schritten einem Ziel zu nähern.** Für diese Schritte können die Teilnehmer die Praxisphasen nutzen und im Modul Gelerntes direkt anwenden.

366

Kolleginnen und Kollegen

haben sich als Veränderungspromotoren schon auf den Weg gemacht. Insgesamt werden es 1000 Kolleginnen und Kollegen sein, die sich engagieren. Ende 2021 werden die meisten fertig sein und zusammen 300 bis 400 betriebliche Veränderungsprojekte bearbeitet haben. Die Auswertung der Projekte geht in zwei Richtungen. **Was war hilfreich für den Erfolg? Aber auch: Was hätte besser laufen können?** Und: Was muss getan werden, damit es zukünftig besser läuft? Erkenntnisse und Vorschläge, die auf die gesamte IG Metall übertragbar sind, sollen weiterhin erprobt und diskutiert werden und damit kontinuierlich in die Arbeit der IG Metall einfließen.

42 859

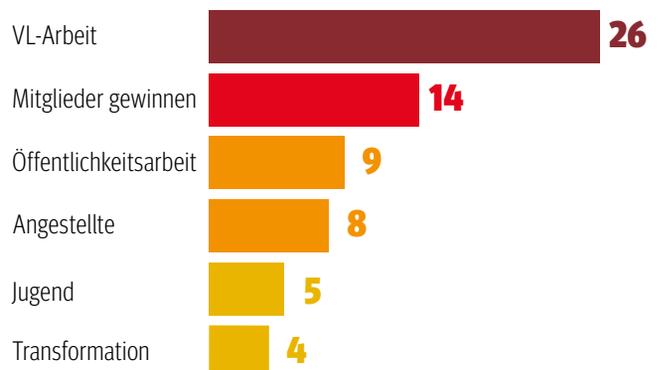
Beschäftigte hat der bislang größte mitmachende Betrieb. Den Kolleginnen und Kollegen geht es in ihrem betrieblichen Projekt darum, **möglichst viele Angestellte als Mitglieder** zu gewinnen.

173

Beschäftigte hat der bislang kleinste mitmachende Betrieb. Die Veränderungspromotoren möchten hier die **Mitgliederbetreuung und -aktivierung weiterentwickeln.**

26

betriebliche Veränderungsprojekte beschäftigen sich mit dem Thema, wie die Vertrauensleutearbeit gestärkt werden kann. Das ist wichtig, da Vertrauensleute das Bindeglied zwischen Betrieb und Gewerkschaft sind. **In den Veränderungsprojekten können Formen der Zusammenarbeit erprobt werden.** Weitere Projekte der Kolleginnen und Kollegen befassen sich zum Beispiel mit Entgelt, Industriepolitik oder mobilem Arbeiten. Auch tarifliche Ziele und die nächsten Betriebsratswahlen spielen eine Rolle. In sehr vielen Projekten geht es, mittelbar oder unmittelbar, darum, wie neue Mitglieder gewonnen werden können: eine elementare Aufgabe für die gesamte IG Metall.



Kinderkrankengeld

Schule und Kita zu: Unterstützung für Eltern

LOCKDOWN Müssen Eltern zur Betreuung ihrer Kinder während der Coronapandemie zu Hause bleiben, haben sie nun Anspruch auf Kinderkrankengeld.

Der Gesetzgeber hat den Anspruch auf Kinderkrankengeld für gesetzlich Versicherte befristet ausgeweitet. Danach verlängert sich der Anspruch 2021 je Elternteil für jedes Kind längstens für 20 und für Alleinerziehende längstens für 40 Arbeitstage. Der Anspruch besteht bei mehreren Kindern maximal für nicht mehr als 45 Arbeitstage, für Alleinerziehende für nicht mehr als 90. Bisher gab es für jedes Kind bis zwölf Jahre zehn Kinderkrankentage, für Alleinerziehende 20.

Die IG Metall hatte bessere Regelungen für Eltern gefordert, die ihre Kinder wegen des Lockdowns zu Hause betreuen müssen. Mit Erfolg: Danach können Eltern die Krankentage in diesem Jahr auch einsetzen, wenn Kitas oder Schulen wegen der Pandemie geschlossen sind, der Präsenzunterricht ausgesetzt wurde, der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt ist oder es eine Empfehlung von Behörden gibt, die Betreuungsangebote in Schule oder Kita nicht wahrzunehmen. Auch Eltern, die im Homeoffice arbeiten können, haben Anspruch auf die zusätzlichen Tage. Die IG Metall begrüßt die Neuregelung und fordert eine unbürokratische Umsetzung, damit Eltern möglichst schnell ihr Geld erhalten. Zudem müsse im Infektionsschutzgesetz die Lohnersatzleistung für Eltern dauerhaft verbessert werden und auch dann gelten, wenn grundsätzlich Notbetreuung zur Verfügung stehe.

Eltern müssen ihren Arbeitgeber darüber informieren, dass sie wegen der Kinderbetreuung nicht arbeiten können. Mit einer Bescheinigung der Kita oder der Schule können sie das Kinderkrankengeld dann rückwirkend zum 5. Januar 2021 bei ihrer Krankenkasse beantragen. Mehr Infos gibt es hier:

► igmetall.de/eltern



**ZUKUNFT
SICHERN**
TARIFBEWEGUNG JETZT

VIELE SEIN. STÄRKER WERDEN.

Jetzt Mitglieder gewinnen!

**Aktionszeitraum:
25. Januar 2021 bis 30. April 2021**



Ein klassisches T-Shirt gibt es für einen Aktionscode. Für zwei Aktionscodes kannst Du Dir entweder einen Hoodie, ein Poloshirt oder einen Sweater als Dankeschön aussuchen.

MITGLIEDER In mehreren Branchen stehen Tarifbewegungen an: Es geht um Zukunftssicherung, Beschäftigungssicherheit und Stärkung der Einkommen. Dafür notwendig ist eine starke IG Metall. Darum: Mach die IG Metall in Deinem Betrieb sichtbar. Mache Nichtmitglieder auf uns aufmerksam und gewinne sie für uns.

»Viele sein. Stärker werden.« ist der Slogan der IG Metall zur Mitgliedergewinnung in der diesjährigen Tarifrunde. Wenn Du in der Zeit vom 25. Januar bis 30. April 2021 beitragswirksam ein Mitglied für die IG Metall gewinnst, bedanken wir uns mit einem Geschenk bei Dir.

Damit wir gut angezogen in die Tarifrunde starten und in den Betrieben sichtbar sind, gibt es in dieser Aktion als Dankeschön hochwertige Textilien mit IG Metall-Logo. Für jedes neu geworbene Mitglied erhältst Du einen Aktionscode, den Du in unserem Shop einlösen kannst:

- **Einen Aktionscode** kannst Du für ein klassisches T-Shirt einlösen.
- **Zwei Aktionscodes** kannst Du für ein Poloshirt, einen Sweater oder einen Hoodie einlösen.

Die Produkte gibt es in vielen Größen für Damen und Herren in den Farben Rot, Grau und Schwarz.

Auch diesmal wieder möglich: Wenn Du willst, kannst Du Deine Aktionscodes auch an die neuen Metallerinnen und Metaller weitergeben, damit sie sich eines der schönen Textilien aussuchen können.

Um Deine Aktionscodes einlösen zu können, musst Du Dich zuerst registrieren. Hier geht es zum Shop:

► igmetallshop.smake.cloud

3 Fragen an Wolfgang Lemb



Foto: IG Metall

Abwärtsspirale verhindern

BREXIT »Das jahrelange Tauziehen ist zwar beendet, aber vieles muss noch geklärt werden«, sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Gilt mit dem Abkommen zwischen EU und Großbritannien Ende gut, alles gut?

WOLFGANG LEMB: Das wäre schön, aber leider enthält der Vertrag noch viele Leerstellen, die in Ausschüssen geklärt werden müssen.

Worauf müssen Gewerkschaften besonders achten?

LEMB: Auf Arbeitsstandards und Mitbestimmung. Die Rechte Europäischer Betriebsräte in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen müssen gewahrt bleiben. Es darf keine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen geben.

Die EU hat gleiche Bedingungen bei den Arbeitnehmerrechten durchgesetzt. Künftige Verbesserungen muss Großbritannien aber nicht mitmachen.

LEMB: Der Marktzugang kann jedoch begrenzt werden, wenn eine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten nachweisbare Auswirkungen auf den Handel hat.

Betriebsratsgründung soll leichter werden

MITBESTIMMUNG Vereinfachte Wahlverfahren, mehr Schutz für Betriebsratsgründer: Arbeitsminister Heil will die Mitbestimmung stärken. Der IG Metall gehen die Pläne noch nicht weit genug.

Abmahnung, Schikane, Kündigung – so reagieren manche Unternehmen, wenn Beschäftigte einen Betriebsrat gründen wollen. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will nun Abhilfe schaffen. Er hat eine Gesetzesinitiative gestartet, um Betriebsräte zu stärken und ihre Gründung zu erleichtern. Das vereinfachte Wahlverfahren soll häufiger angewendet werden. Außerdem sollen Beschäftigte bereits dann vor Kündigung geschützt sein, wenn sie eine Betriebsratswahl vorbereiten – und nicht erst ab der Einladung zur Wahlversammlung. Bei mobiler Arbeit und Maßnahmen zur Berufsbildung sollen Betriebsräte stärker mitbestimmen können.

15,6 % der erstmaligen Betriebsratsgründungen werden behindert (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung)

Ob die Vorschläge Gesetz werden, ist offen. In der Union gibt es Widerstand. Aus Sicht der IG Metall geht der Gesetzentwurf in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Die Veränderung der Arbeitswelt erfordert eine Runderneuerung der Mitbestimmung. Die letzte große Modernisierung gab es 1972. »Wir werden die Parteien an ihren Vorschlägen für die Mitbestimmung messen«, sagt Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, und verweist auf die »Initiative Mitbestimmung«, die die IG Metall im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 ins Leben gerufen hat.



Cartoon: Stephan Rürup

Wettlauf

Energiewende

KLIMASCHUTZ Der Umbau von Wirtschaft und Industrie ist ein Wettlauf gegen die fortschreitende Erderwärmung, aber auch ein Rennen um die Poleposition bei den Zukunftstechnologien und -produkten. | **Von Christoph Böckmann**

Die Europäische Union erhöht ihre Klimaschutzziele. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 55 Prozent sinken, statt wie bisher geplant um 40 Prozent. Auch von Deutschland wird jetzt mehr Engagement erwartet. Denn die EU und Deutschland wollen beim Klimaschutz Vorreiter sein. Zum einen wollen sie Verantwortung übernehmen. Zum anderen geht es um einen wirtschaftlichen Wettlauf: In den kommenden Jahren wird sich herausstellen, welche Länder technologisch die Nase vorn haben und die Produkte für eine klimaneutrale Wirtschaft produzieren werden. Die IG Metall setzt sich daher dafür ein, dass die Politik massiv in die notwendigen neuen Technologien und Produkte investiert und diese fördert, Qualifizierung unterstützt und so zukunftsfeste Arbeitsplätze sichert.

Wasserstoff ist Zukunftsstoff

»Das weltweite Rennen um eine ressourcenschonende und klimaneutrale Produktion hat längst begonnen und der Wasserstofftechnologie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu«, weiß Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall. Denn durch Wasserstoff können viele Industriezweige wie auch der Schiff-, Flug- und Schwerlastverkehr CO₂-Emissionen einsparen. So wird Wasserstoff ein weltweit gefragtes Gut werden und eine neue Industrie wird um dieses entstehen.

Laut einer Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie und des Beratungsunternehmens DIW Econ könnten durch den Aufbau einer eigenen Wasserstoffproduktion und -wirtschaft hierzulande bis zum Jahr 2050 bis zu 800.000 Arbeitsplätze entstehen. Daher bemüht sich die IG Metall darum, dass dieses Potenzial auch von der Politik und den Unternehmen gehoben wird.

Wasserstoff ist der Zukunftsrohstoff. Mit ihm können Teile der Industrie klimaneutral werden. Anlagen, um den Rohstoff zu schürfen, liefert das Rostocker Unternehmen Apex Energy.



Foto: Hendrik Schmidt/dpa-Zentralbild/dpa/pa

Rund 26 Millionen E-Autos will VW bis 2029 verkaufen. In Zwickau rollt neben dem ID.3 nun auch der ID.4, der erste Elektro-SUV, vom Band (hier im Bild).



Strom wird schneller grün

»Der Handlungsdruck durch den fortschreitenden Klimawandel ist enorm«, sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, und betont: »Die Energiewende muss durch einen ambitionierten Ausbau der Wind- und Solarenergie vorangetrieben werden.«



Foto: Carsten Kneiss

Auch **Jens Rothhäuser**, Betriebsratsvorsitzender bei Siemens Energy Mülheim, stellt fest, dass der Klimaschutz weltweit wichtiger wird. Doch was heißt das für ein Unternehmen, das auch mit Generatoren und Turbinen für Kohle- und Gaskraftwerke Geld verdient? Rothhäuser erklärt: »Natürlich hat der Kohleausstieg für uns Auswirkungen.

Auch ist das Zeitfenster, in dem Erdgas für Kohle in die Bresche springt, wohl kleiner, als wir bisher annahmen.« Und worauf kommt es jetzt an? Der Betriebsrat macht klar: »Wir müssen uns nicht komplett neu erfinden, aber schon neue Felder besetzen. Andere fallen weg, ohne dass sie zerschlagen werden. Denn durch das Thema Energieeffizienz werden wir auch in den nächsten Jahren mit Übergangsprodukten, aber auch mit alten Produkten zu den Klimazielen beitragen. Felder, die wichtiger werden, sind Produkte und Lösungen für die Netzstabilität, Speicher und thermische Speicher oder die Erzeugung von Wasserstoff. Um hier Potenziale zu heben und Innovationen voranzutreiben, setzen wir auf Qualifizierung und sichern so Arbeitsplätze. Denn wir wollen den Wandel gestalten.«



Foto: Jens Büttner/dpa-Zentralbild/dpa/pa



Foto: Weltraud Grubitzsch/dpa-Zentralbild/dpa/pa

Batteriespeicher für Gewerbe und Industrie fertigen die Beschäftigten der Firma Tesvolt in Wittenberg und liefern sie in die ganze Welt.

Wärme bekommt mehr Aufmerksamkeit

»Beim Klimaschutz wurden Gebäude, Heizungen und Warmwasser von der Politik lange sehr stiefmütterlich behandelt, obwohl es bei den Gebäuden um 30 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes geht«, erklärt **Arno Böttcher**, Betriebsratsvorsitzender von Bosch Thermotechnik in Wernau. Aber Böttcher hat mittlerweile Anlass zur Freude: »Die IG Metall und die Betriebsräte haben sich dafür eingesetzt, das zu ändern – mit Erfolg! Im Klimapaket gibt es jetzt eine Ölheizungs austauschprämie: ein Programm, das den Klimaschutz voranbringt und unseren Betrieben Umsatzsteigerung bringt, trotz Corona.«



Foto: privat

Aber wie geht es technologisch weiter? »Generell gehen wir bei Bosch davon aus, dass Elektrowärmepumpen das Ding der Zukunft sind und dass sie Öl- und Gasheizungen nach und nach ersetzen werden. Vor allem bei Neubauten und renovierten Altbauten sind sie wirtschaftlich«, erklärt Böttcher. Für Geräte für fossile Brennstoffe wie Ölheizungen sieht er keine Zukunft. Was aber heißt das für die Beschäftigten? »Durch den technologischen Umstieg müssen keine Arbeitsplätze verloren gehen. Für die Fertigung von Wärmepumpen sind nicht weniger Beschäftigte erforderlich als für die Herstellung fossiler Heizgeräte. Voraussetzung dabei ist, dass die Wärmepumpen in Deutschland gefertigt werden und die Unternehmen jetzt nicht die Gelegenheit nutzen, um die Arbeitsplätze zu verlagern«, sagt Böttcher.

ABS einschalten bei der Mobilitätswende

Die Mobilitätswende wird im Fahrzeugbau zu einem Arbeitsplatzabbau führen. Denn ein Elektromotor bedarf deutlich weniger Teile, als ein Verbrenner. Und der Verbrenner wird weltweit von den Straßen verschwinden. Beispielsweise in China und Kalifornien werden ab 2030 keine Verbrenner mehr zugelassen. Neue Stellen können dafür in der Fertigung von Komponenten wie Batterien und Leistungselektronik entstehen. Damit diese Chance genutzt wird und die Transformation sozialverträglich und erfolgreich verläuft, hat die IG Metall Ideen entwickelt.

Die Schlagworte dabei sind: finanzielle Hilfen für die Transformation, strukturpolitische Unterstützung für die betroffenen Regionen, Qualifizierung sowie der Auf- und Ausbau der Batteriefertigung und Ladeinfrastruktur. Die Vorschläge hat die Bundesregierung beim letzten Autogipfel aufgenommen und wird sie jetzt umsetzen.

Doch Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, lässt trotz des Erfolgs noch nicht locker. Hofmann betont: »Die angespannte Situation der Branche und insbesondere vieler Zulieferbetriebe machen jetzt eine schnelle Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen notwendig.«

Grüner Stahl ist notwendiger Schritt

30 Prozent aller industriellen CO₂-Emissionen verursacht die Stahlindustrie. Aber: Werden Hochöfen durch Direktreduktionsanlagen, die mit Wasserstoff betrieben werden, ersetzt und Elektroöfen allein mit grünem Strom betrieben, können Betriebe Stahl auch klimaneutral herstellen. Doch die Unternehmen können die notwendigen Investitionen dafür nicht allein stemmen.

Die Coronakrise hat tiefe Löcher in ihr eh klammes Budget geschlagen. Deshalb setzt sich die IG Metall – mit Erfolg – dafür ein, dass die Politik den Umbau mitfinanziert und die klimaneutrale Stahlproduktion auch politisch unterstützt.

Aus dem Wirtschaftsministerium kommen bereits in den nächsten Monaten Milliardenhilfen. Auch gab Berlin die Zusage, dass der teurere klimaneutrale Stahl aus Deutschland und Europa vor Billigimporten, die mit hohen Emissionen verbunden sind, geschützt werden soll.

Tarifbewegung 2021: Die IG Metall

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR 2021

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

Metall- und Elektroindustrie

17.11.
Tarifkommissionen

14.12.
Erste Tarifverhandlung

26.11.
Forderungsbeschluss
IG Metall-Vorstand

31.12.
Auslaufen der
Entgelttarifverträge

1. März
Ende der Friedenspflicht

Textil- und Bekleidungsindustrie

18. – 20.11.
Tarifkommissionen

8.12.
Erste Tarifverhandlung

26.11.
Forderungsbeschluss
IG Metall-Vorstand

31. Januar
Auslaufen der Entgelttarifverträge
Ende der Friedenspflicht

Eisen- und Stahlindustrie

27. – 28.1.
Tarifkommissionen

28. Februar
Auslaufen der Entgelttarifverträge
Ende der Friedenspflicht

Volkswagen

17.11.
Tarifkommissionen

13.1.
Erste Tarifverhandlung

26.11.
Forderungsbeschluss
IG Metall-Vorstand

28. Januar
Ende der Friedenspflicht
31.12. Auslaufen der
Entgelttarifverträge

verhandelt in fast allen Branchen

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

Holz- und Kunststoffindustrie

31. August
Auslaufen der Entgelttarifverträge

Das Jahr 2021 wird das Jahr der Tarifbewegungen für die IG Metall. Es wird hart: Coronakrise und Transformation sind zu bewältigen. Arbeitgeber wollen sparen, abbauen, verlagern und schließen. Die IG Metall will Beschäftigung sichern – jetzt und in Zukunft – und die Einkommen stärken.

Dafür muss die IG Metall Druck machen, trotz Coronapandemie, mit neuen, kreativen Aktionsformen, unter Berücksichtigung der Kontaktbeschränkungen. Das geht. Das hat die IG Metall mit zahlreichen Warnstreiks in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, etwa bei Conti, Hitachi, Norma und im Kabelwerk Meißen.

gestartet – in der Metall- und Elektroindustrie, in der Textil- und Bekleidungsindustrie und bei VW. In der Eisen- und Stahlindustrie lief zu Redaktionsschluss die Debatte um Forderungen. Im August ist die Holz- und Kunststoffindustrie dran. Dazu kommen Verhandlungen in weiteren Branchen, etwa im Kfz-Handwerk.

In der Metallindustrie fordert die IG Metall neue Möglichkeiten zur Absenkung der Arbeitszeit, Zukunftstarifverträge und vier Prozent mehr Entgelt – sowie Schritte zur Angleichung für den Osten (Seite 12) und Verbesserungen der Ausbildung auch für dual Studierende (Seite 13).

In der Textilindustrie geht es um vier Prozent mehr Geld und eine verbesserte Alterszeit, bei VW um vier Prozent mehr Geld, mehr freie Tage und 1400 Ausbildungsplätze jährlich.

Bundesweiter Aktionstag am 1. März

Die Planungen für Aktionen und Warnstreiks laufen. Die IG Metall mobilisiert für einen bundesweiten Aktionstag am 1. März. Die Tarifverhandlungen sind bereits



ZUKUNFT SICHERN.

TARIFBEWEGUNG JETZT



Eisen- und Stahlindustrie Saar

31. Mai
Auslaufen der Entgelttarifverträge
Ende der Friedenspflicht



Nachrichten, Hintergründe und Erklärfilm zur Tarifbewegung:
→ [Tarifbewegung-2021.de](https://www.tarifbewegung-2021.de)



Angleichung für den Osten

TARIFVERHANDLUNGEN Mehr als 30 Jahre nach der Einheit sind die Beschäftigten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie immer noch schlechter gestellt. Sie arbeiten 38 statt 35 Stunden in der Woche. Die IG Metall will das endlich ändern. | Von Dirk Erb

Erik Rüter muss drei Stunden mehr in der Woche arbeiten als sein Kollege Christian Feller – 38 statt 35 Stunden. Dabei arbeiten beide im selben Betrieb, als Servicetechniker beim Staplerbauer Jungheinrich in der Niederlassung Berlin.

Christian Feller hat noch einen alten Arbeitsvertrag nach dem westdeutschen Metalltarif. Doch die Niederlassung ist ein paar Kilometer raus aus Westberlin nach Velten in Brandenburg gezogen. Eine neue Geschäftsführung verfügte: Wer nach 2016 eingestellt wird, so wie Erik Rüter, kriegt den ostdeutschen Metalltarif – 38 Stunden Ost statt 35 Stunden West.

Ungerecht, findet Erik Rüter. Er wohnt in Westberlin, zwei Kilometer von der »Grenze«. »West, Ost – ich habe da keinen Bezug mehr. Ich bin 1997 geboren und habe diese Grenze nie gesehen.«

Die Arbeit ist dieselbe: Rüter betreut ein Großlager einer Supermarktkette. »Das sieht überall gleich aus, ob im Westen oder Osten.« Das sehen auch die Beschäftigten mit den 35-Stunden-Altverträgen so. »Es kann nicht sein, dass Erik und die anderen drei Stunden länger arbeiten, für weniger Stundenlohn, nur weil sie später kamen«, kritisiert Christian Feller. Auf der jüngsten Betriebsversammlung haben sie wieder nachgehakt und protestiert. Dort präsentierte die Geschäftsführung glänzende Zahlen, trotz Corona.



Foto: Christian v. Polentz

Ungerecht: 35 Stunden links – 38 Stunden rechts. Erik Rüter (rechts, Tarif Ost) muss drei Stunden mehr in der Woche arbeiten als Christian Feller (links, Tarif West). Dabei arbeiten sie sogar im selben Betrieb.

Warum noch West und Ost, 30 Jahre nach der Einheit?

Der Betriebsrat hat sogar mithilfe der IG Metall gegen die Ungleichbehandlung geklagt, aber vor dem Arbeitsgericht Neuruppin verloren. Es besteht nun mal kein tariflicher Anspruch auf 35 Stunden.

Das muss sich endlich ändern. Bei Jungheinrich Berlin stehen sie daher hinter der Tarifforderung der IG Metall: Die IG Metall

will endlich verbindliche Schritte zur Angleichung der Arbeitsbedingungen im Osten.

Seit Jahren versucht die IG Metall, eine Lösung zu erreichen. 2019 wurden Gespräche mit den ostdeutschen Arbeitgeberverbänden geführt. Doch die Gespräche wurden ergebnislos abgebrochen. »Deshalb müssen wir nun unseren Druck erhöhen«, erklärt der Betriebsratsvorsitzende Mario Rügen. »Uns ist allerdings auch klar: Das schaffen wir nur mit möglichst vielen IG Metall-Mitgliedern im Rücken.«

TARIF FÜR **AUSZUBILDENDE** AUCH FÜR **DUAL STUDIERENDE**

Übernahme für alle



TARIFVERHANDLUNGEN Viele dual Studierende lernen in den Betrieben. Rechtlich gelten sie nicht als Auszubildende. Dadurch gelten die Tarifverträge für sie nicht. Für sie gibt es keine tarifliche Übernahme nach der Ausbildung. Das will die IG Metall ändern. | **Von Dirk Erb**

Till Mußenbrock hat einen sicheren Job bei Miele im nordrhein-westfälischen Warendorf. Nach der Ausbildung zum Werkzeugmechaniker wurde er übernommen. »In der Regel werden alle Auszubildenden bei uns übernommen«, erklärt Till. So steht es ja auch im Tarifvertrag.

Pia Dilling hingegen war raus nach der Ausbildung. Für sie gab es keine Übernahme beim Automobilzulieferer Hengst in Münster. Der Grund: Sie hat dort keine normale Ausbildung absolviert, sondern ein duales Studium der Betriebswirt-

schaftslehre. Für dual Studierende aber gelten die Gesetze und Tarifregelungen für Auszubildende nicht. Punkt. Aus. Ende.

Tarifverträge auch für dual Studierende

Dabei hatte Pia ebenfalls einen Ausbildungsvertrag. Neben dem BWL-Bachelor erwarb sie einen Berufsabschluss als Industriekauffrau. Sie lernte im Betrieb, ging mit den anderen zur Berufsschule – und freitags und samstags noch mal zur IHK-Aka-

demie. Sie hatte eine 48-Stunden-Woche und leitete Projekte – für nur 793 Euro brutto im ersten Ausbildungsjahr, statt fast 1000 Euro nach Tarif. Pia schloss die Ausbildung als eine der Besten ab. »Der Unternehmensinhaber überreichte mir pressewirksam die Urkunde«, erinnert sich Pia. »Am Ende war ich trotzdem raus.«

Dabei gehörte Pia der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) an. Für JAVen gilt sogar ein gesetzlicher Übernahmean-spruch. Sie klagte mithilfe der IG Metall bis zum Bundesarbeitsgericht. Doch sie verlor.

Pia und Till kennen sich von der IG Metall Jugend Münster. Dass Pia nicht übernommen wurde, findet Till ungerecht. Er studiert jetzt Maschinenbau, in Bildungsteilzeit. Bei Miele arbeitet er derzeit nur in den Semesterferien. Nach dem Studium hat er Anspruch auf eine gleichwertige Vollzeitstelle, nach dem Tarifvertrag Bildung der IG Metall.

»Ich bin glücklich, dass Miele mir das ermöglicht«, meint Till. »Von meinem erlernten Wissen profitiert ja auch der Betrieb.«

Auch Pia Dilling studiert noch mal – und zwar Jura. Als Referentin der IG Metall schult sie Betriebsräte. Wegen ihres Falls hat sie Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. »Wir haben mittlerweile 110 000 dual Studierende in den Betrieben. Doch ihre rechtliche Lage ist noch immer nicht geregelt«, kritisiert Pia. »Was wir als Gewerkschaft tun können: Für die dual Studierenden muss mindestens mal unser Tarifvertrag gelten.«

Ungerecht: Till Mußenbrock hat einen sicheren Job dank Tarifvertrag. Nach der Ausbildung hat Miele ihn übernommen. Pia Dilling war nach ihrem dualen Studium raus bei Hengst.



Foto: Monika Kaup-Büschler



Foto: Nikola

Emissionsfrei über Highway und Autobahn: Mit ihren Elektro- und Wasserstoff-Lkws will Nikola den Transportsektor transformieren.

Ein Amerikaner in Ulm

MOBILITÄTSWENDE Ein Start-up aus den USA ist angetreten emissionsfreie Elektro- und Wasserstofftrucks zu bauen. Produziert werden sollen sie in Ulm beim Nutzfahrzeugspezialisten Iveco. Während andere Lkw-Hersteller Standorte in Billiglohnländer verlagern, haben ausgerechnet die US-Amerikaner den Wert des Standortes Ulm und seiner Beschäftigten erkannt. | **Von Christoph Böckmann**

Nikola hatte die freie Auswahl. Überall auf der Welt hätte das US-Start-up seine Elektro- und Wasserstoff-Lkws produzieren können. Die Wahl fiel auf Ulm. Hier sollen in den kommenden Monaten die ersten Elektrolastkraftwagen in der Linie gebaut werden, ab 2022 soll dann die Serienproduktion beginnen und später die Produktion von Wasserstoff-Lkws folgen.

Während heimische Hersteller kräftig die Belegschaft reduzieren, Investitionen streichen, Standorte in Billiglohnländer verlagern und dabei nicht mal vor der For-

schung und Entwicklung haltmachen, kommt also ein Unternehmen aus den USA und investiert ausgerechnet hier, wo es anderen zu teuer ist.

Hervorragende Fachkräfte überzeugten das Start-up

Verkehrte Welt? Nein! Die US-Amerikaner haben die Vorzüge des Standorts und der hervorragenden Fachkräfte erkannt. So sind sie ein Joint Venture mit dem Nutzfahrzeughersteller Iveco eingegangen und

gerade dabei, am Iveco-Standort Ulm die Lkw-Montage aufzubauen. Die baden-württembergische Stadt hat eine lange Tradition im Nutzfahrzeugbau, schon seit 1916 werden sie in Ulm gebaut. Die nötige Infrastruktur ist somit vorhanden. Das ist ein immenser Pluspunkt, den Standorte nicht aufweisen, die in Billiglohnländern am Reißbrett geplant werden.

Iveco-Betriebsratsvorsitzender Wilfried Schmid verdeutlicht: »Ulm ist Wissenschaftsstadt und gerade im Bereich Wasserstoff- und Brennstoffzellenforschung vorn mit dabei. Das und die

Nikola Motors

Das steckt hinter dem US-Unternehmen:

- ▶ Nikola wurde 2015 gegründet, um emissionsfreie Elektro- und Wasserstoff-Lkws zu entwickeln.
- ▶ Das US-Unternehmen ist dafür ein Joint Venture mit dem Nutzfahrzeughersteller Iveco eingegangen und wird ab diesem Jahr in Ulm die ersten Trucks bauen.
- ▶ Die Iveco-Mutter CNH Industrial und der Zulieferer Bosch sind an Nikola beteiligt.
- ▶ Nikola sitzt in Phoenix, Arizona.



Foto: Michael Braun

»Transformation heißt eben nicht Abbau und Niedergang«, sagt Roman Zitzelsberger (Foto Mitte), Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, beim Besuch in Ulm. Er fordert: »Dem Beispiel Iveco und Nikola müssen weitere folgen.«

Fachkräfte haben Nikola überzeugt, betriebswirtschaftliche Kennzahlen und Stundenlöhne waren für sie nicht ausschlaggebend«, so Schmid.

Auch geholfen habe, dass die Verantwortlichen der Stadt zügig Zusagen zur Nutzung des Grundstücks gaben, auf dem nun die Montage anlaufen wird, erklärt Schmid, auf dessen Handy die Nummer des Ulmer Oberbürgermeisters gespei-

chert ist. Während in den USA Nikola von einigen Aktienhändlern dafür kritisiert wird, dass das Start-up noch nichts auf die Straße gebracht hat, bleibt Iveco-Betriebsrat Schmid gelassen. Denn Schmid sieht, wie es im gemeinsamen Joint Venture vorangeht: Gerade werden in Ulm kräftig Beschäftigte, dual Studierende und Auszubildende eingestellt: für die Forschung und Entwicklung, für den Prototypenbau

und das Testing und natürlich auch für die Produktion. Übrigens: Das neue Joint Venture wird tarifgebunden sein, dafür haben Schmid und seine Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat bereits gesorgt.

Die neue Produktionsstätte ist ein Gewinn für die gesamte Region. Beispielsweise profitieren Zulieferer wie Bosch, denn ihre Teile finden in der künftigen Lkw-Produktion einen neuen Abnehmer.

Jeder Standort braucht eine technologische Perspektive

Iveco ist ein Konzern, der in ganz Europa produziert. Für Wilfried Schmid war daher von Anfang an wichtig, dass alle Standorte von dem neuen Engagement profitieren. Und das tun sie auch: Die Elektroachsen kommen aus dem italienischen Werk, die Fahrerkabine aus Spanien, in Deutschland findet dann die Montage statt.

Aber warum ist das dem Betriebsrat so wichtig? Schmid bringt auf den Punkt, wie Transformation laufen muss und was die Vorstände anderer Hersteller sich merken sollten: »Es ist wichtig, nicht nur Beschäftigung an allen Standorten zu sichern, sondern allen Standorten auch die Chance zu geben, in die neue Technologie hineinzuwachsen«, so Schmid.



Foto: Michael Braun

Prototypen gibt es in Ulm schon zu sehen. Bald soll die Serienproduktion folgen.



▼
Heinz Kneue hat wieder mehr Zeit, sich um seinen Bauernhof zu kümmern. Mit dem Trecker holt er Futter für seine Rinder.

48 Jahre geackert für die Beschäftigten

ZU BESUCH BEI HEINZ KNUE 48 Jahre lang hat Heinz Knue als Jugendvertreter und Betriebsrat für seine Kolleginnen und Kollegen geackert und jedem rund 100 000 Euro gesichert. Jetzt ist er in Rente und kümmert sich um seinen Bauernhof. | **Von Dirk Erb**



usmisten, Heu ernten, Rinder füttern, Kälber versorgen. Heinz Knue hat jetzt mehr Zeit, sich um den kleinen Bauernhof zu kümmern, auf dem er geboren ist. Seit Dezember ist er in Rente, nach 48 Jahren als Jugendvertreter und Betriebsrat.

Eigentlich wollte er ja Landwirt werden. Mit 15 Jahren begann er eine Lehre hier im Betrieb seiner Eltern in Haren-Segberg im Emsland. Doch ihm wurde klar, dass der Hof zu klein ist, um davon leben zu können. Er ging zum Kunststoffhersteller Röchling in Haren, an der niederländischen Grenze. Dort begann er eine Ausbildung zum Maschinenschlosser.

Nach nicht einmal einem Jahr wurde Heinz Knue zum Jugend- und Auszubildendenvertreter gewählt. »Ein älterer Auszubildender hat mich so lange gelöchert, bis ich schließlich kandidierte – und in die Gewerkschaft eintrat«, erinnert sich Knue. Schon bald gehörte er zu denen, die auch mal nachbohrten, die es störte, dass alles immer so lief, wie der Arbeitgeber wollte, wie lange die Mittagspause und um wie viel Uhr am Freitag Wochenende ist. Er warb Mitglieder für die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK).

Mit 23 Jahren wählten ihn die Kollegen in den Betriebsrat. Mit 26 Jahren wurde Heinz Knue Betriebsratsvorsitzender – und Experte für Löhne, Akkorde und Prämien. Die Geschäftsleitung wollte damals die Vorgabezeiten für die Akkorde ändern. Knue kontrollierte die Zeitaufnahmen und sorgte dafür, dass die Beschäftigten kein Geld verlieren. Bald wurde er dann auch in die Tarifkommission der Gewerkschaft gewählt.

Klare Worte, harte Zahlen

Knues Botschaften an die Beschäftigten sind klar. »Ihr verliert 7000 Mark im Jahr«, erklärte er ihnen 1985, als die Unternehmensführung versuchte, in einen billigeren Tarif zu wechseln. »Bis dahin war der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder bei uns überschaubar«, erinnert

sich Knue. Damals traten fast alle in die Gewerkschaft ein. Die Unternehmensleitung ließ ihre Pläne fallen.

Anfang der 90er-Jahre wollte die Firma dann von Akkord und Prämie in den Zeitlohn mit »Leistungsprämien« wechseln. »Die sagten: »Wir stellen da scharfe Vorgesetzte hin und kriegen damit mehr raus«, erinnert sich Knue. Für neu eingestellte Beschäftigte hätte das zehn Prozent weniger Geld bedeutet – im Schnitt 3700 Mark weniger, Jahr für Jahr. »Wir haben gesagt: Mit uns gibt es keine Zweiklassengesellschaft. Und wir haben uns gemeinsam durchgesetzt.«

In der Tarifrunde 2005 kündigten die Arbeitgeber dann Tarifverträge und wollten die Löhne kürzen – um 5500 bis 8800 Euro im Jahr. Doch die Beschäftigten wehrten sich, mittlerweile mit der IG Metall, die mit der GHK fusioniert hatte. In der Tarifrunde 2016 erkämpften sie dann die Altersteilzeit.

100 000 Euro für jeden

Die 48 Jahre haben sich gelohnt. Knue hat gerechnet: Im Schnitt 100 000 Euro mehr für jeden Beschäftigten hat der Betriebsrat in seiner Amtszeit herausgeholt. Zudem hat sich die Zahl der Arbeitsplätze seit Anfang der 90er-Jahre mehr als verdoppelt – auf heute 800. Röchling investiert in die Zukunft des Standorts, in neue Hallen und Maschinen, und in ein neues »Industrial Center« mit Forschung und Entwicklung.

»Wir waren immer dann erfolgreich, wenn wir als Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft zusammengehalten haben, im Dreiklang«, meint Knue. Immerhin hat Röchling ja dann auch zugehört. »Man muss laut und deutlich sagen, was man will – und was man nicht will. Das werden wir auch weiter tun müssen. Denn auch in Zukunft bekommen wir nichts geschenkt.«

Heinz Knue ist in Rente. Er engagiert sich noch weiter für seine IG Metall Leer-Papenburg. Doch erst mal ist der Hof dran: mit dem Trecker Futter holen für die Rinder im Stall. Im Frühling gehts dann raus auf die Weide.



Foto: Volkswagen AG

Infektionsschutz:
Um sich vor dem Coronavirus zu schützen, arbeiten die Beschäftigten bei VW in Zwickau immer dann mit Maske, wenn sie Abstände nicht einhalten können.

Streit um die Maske

GESUNDHEITSSCHUTZ Bei VW in Zwickau müssen Beschäftigte an Arbeitsplätzen, an denen kein ausreichender Abstand eingehalten werden kann, eine Maske tragen. Der Betriebsrat hat durchgesetzt, dass sie das maximal zwei Stunden am Stück müssen. Der Arbeitgeber will diese Regelung kippen. | **Von Jan Chaberny**

Aus virologischer Sicht ist die Sache völlig klar: Beschäftigte, die an Arbeitsplätzen arbeiten, an denen kein ausreichender Sicherheitsabstand eingehalten werden kann, müssen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. »Das ist zwingend notwendig, um die Kolleginnen und Kollegen vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen«, sagt Betriebsrat Sven Schneider. »Das haben wir gleich zu Beginn der Pandemie mit dem Arbeitgeber vereinbart.«

Durchgesetzt hat das Betriebsratsteam bei VW in Zwickau dazu noch eine Regelung, nach der Kolleginnen und Kollegen, die zwei Stunden lang mit Maske gearbeitet haben, danach für zwei Stunden auf einen Arbeitsplatz wechseln müssen, in denen der Mindest-

abstand eingehalten werden kann – und das Tragen einer Maske nicht dauerhaft notwendig ist.

An eben dieser Vereinbarung rüttelt der Arbeitgeber nun massiv. »Der Arbeitgeber kommt auf uns zu und sagt: Eine Maske zu tragen, das ist doch nicht schlimm, das geht doch auch den ganzen Arbeitstag hindurch. Machen andere doch auch.« Das aber sei schlicht nicht der Punkt. Natürlich könne man einen Mund-Nasen-Schutz den ganzen Tag lang tragen – es sei aber nicht empfehlenswert. »Unsere Maßgabe, dass nach zwei Stunden Maskentragen eine Erholungszeit kommen soll, ist nicht willkürlich aus der Luft gegriffen«, sagt Betriebsrat Schneider. »Das ist eine Empfehlung der gesetzlichen Unfallversicherung.« Und das zählt für ihn und für seine Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat.

»Wir haben uns seit Beginn der Pandemie dafür eingesetzt, dass wirksame Schutzmaßnahmen aufgebaut werden, die das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus minimieren«, sagt der 52-Jährige. Dazu gehöre auch das Tragen von Masken. »Es ist meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Maske nur so lange am Stück getragen wird, wie es empfohlen ist. Und nur dort, wo es notwendig ist. Das ist unsere Leitlinie.«

Um dies umzusetzen, hat Sven Schneider mit seinem Team schon im März und April, am Beginn der Pandemie, umfassende Präventionsmaßnahmen aufgebaut: »Bei uns am Standort arbeiten rund 8000 Menschen, gut 3000 von ihnen im indirekten Bereich«, erzählt Schneider. Sie haben ein Pandemie-Team gegründet, das die Maßnahmen koordinierte und deren Umsetzung überprüfte. »Wir sind bei den Maßnahmen nach dem sogenannten TOP-Prinzip vorgegangen. Wir haben also nicht vorrangig persönliche Schutzmaßnahmen festgelegt, sondern wir haben zuerst geschaut, welche technischen und organisatorischen Maßnahmen umgesetzt werden können.«

Vor allem in den Fertigungs- und Produktionsbereichen war das eine Menge: Gemeinsam mit dem Arbeitgeber hat der Betriebsrat Arbeitsplätze so umgestaltet, dass auf jeder Seite der Fahrzeuge nun nur noch ein Beschäftigter arbeitet. In die Karosserien haben sie Folien gehängt, um Kolleginnen und Kollegen zu schützen, die im Innenraum der Fahrzeuge arbeiten. Vor und nach den Fahrzeugkarosserien haben sie Trennwände geschoben. Pausenräume wurden auf Mindestbestuhlung umgeräumt, Pausenzelte eingerichtet.

Arbeitsplätze im Ampelsystem bewertet

»Wir haben uns jeden Arbeitsplatz angeschaut und mithilfe eines Ampelsystems bewertet«, sagt Sven Schneider. Arbeitsplätze, bei denen kein Mindestabstand eingehalten werden kann, etwa in der Montage, wurden rot gekennzeichnet. Nur an diesen Arbeitsplätzen ist es Pflicht, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen – so, wie es für alle Beschäftigten vom Werkstor bis zum Arbeitsplatz und auf dem Weg in die Kantine Pflicht ist. »Damals haben wir mit dem Arbeitgeber auch vereinbart, die Maskentragezeit zu beschränken.«

Geht es nach dem Arbeitgeber, soll diese Vereinbarung nun aufgekündigt werden. »Für das Management ist es schlicht lukrativer, wenn die Beschäftigten nicht den Arbeitsplatz wechseln und mit Maske durcharbeiten«, sagt Sven Schneider. »Es spart Personal und Geld.« Bis auf das letzte Komma genau beziffern könne er das nicht. Man müsse sich aber klarmachen, dass die

Vereinbarung faktisch bedeute, dass in einigen Bereichen zusätzlich zum eingesetzten Personal weitere Beschäftigte benötigt werden. »Eine kluge Rotation verhindert zwar, dass in allen Bereichen mit roten Arbeitsplätzen Zusatzpersonal eingesetzt werden muss«, sagt Sven Schneider.

Mehr Beschäftigte in der Produktion benötigt

Im Ganzen aber komme es tatsächlich zu einem personellen Mehraufwand in der Produktion von 2 bis 3 Prozent: »Da sprechen wir von 100 bis 150 Mitarbeitern, die infolge der Coronaschutzmaßnahmen zusätzlich benötigt werden.«

Das ist übrigens nicht der einzige Punkt, der in der Diskussion steht, weil er Geld kostet. »Wir hatten zu Beginn der Pandemie auch vereinbart, dass die Kolleginnen und Kollegen eine Reinigungszeit von fünf Minuten vor und nach den Pausen erhalten und ebenfalls die benutzten Arbeitsmittel vor und nach jedem Arbeitsplatzwechsel desinfizieren dürfen.« Diese anfängliche Vereinbarung wurde abgeschwächt: Seit September gab es nur noch Reinigungszeit vor der Pause oder vor dem Arbeitsplatzwechsel. »An die restlichen fünf Minuten will man jetzt auch ran.«

Dagegen verwehrt sich der Betriebsrat. »Es gibt eine Vereinbarung, und an der wird nicht gerüttelt«, sagt Sven Schneider. »Wir lassen in diesem Punkt nicht mit uns reden, wir bleiben standhaft.« Das gehe aber nur, wenn man die Belegschaft auf seiner Seite habe.

Schneider und sein Team sind deshalb viel in der Fertigung unterwegs, oft mit den Beschäftigten im Gespräch. »Es gibt leider Kolleginnen und Kollegen, denen wir immer wieder erklären müssen, warum das Tragen einer Maske an bestimmten Orten wichtig ist.« Aufreibend sei das mitunter, nicht leicht zu kommunizieren: Ja, eine Maske zu tragen, das ist extrem wichtig in Bereichen und an Arbeitsplätzen, in denen der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann. Aber das bedeutet eben nicht, dass Beschäftigte den ganzen Tag lang durchgängig Maske tragen könnten.

»Wir lassen uns nicht entmutigen«, sagt Sven Schneider. »Als Betriebsrat kämpfen wir für umfassenden Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen in der Pandemie.« Dazu gehören feste Reinigungs- und Desinfektionszeiten. Dazu gehöre auch, dass die Beschäftigten konsequent dort Masken tragen, wo es nicht anders geht. »Aber nicht länger als zwei Stunden am Stück.«



Engagiert: Sven Schneider und sein Betriebsratsteam setzen sich für umfassende Schutzmaßnahmen am Standort ein.

Wenn Pflege arm macht

PFLIEGEVERSICHERUNG Sieben Jahre lang hat Helmut Adler seine Frau zu Hause gepflegt. Nun bezahlt er das Pflegeheim – und wird dabei langsam arm. Der Fall des Metaller zeigt: Die Pflegeversicherung braucht eine Generalüberholung. | **Von Simon Che Berberich**

Jeden Tag um kurz nach 14 Uhr verlässt Helmut Adler sein Haus und geht zum Seniorenzentrum. Zehn Minuten braucht er für die Strecke, ein paar Hundert Meter den Berg hoch. Der Metaller besucht seine Frau, eine Stunde Besuchszeit gibt es pro Tag.

Marita Adler ist 74, dement, und braucht rund um die Uhr Hilfe. Seit gut drei Jahren wohnt sie im Pflegeheim. Zuvor hat ihr Mann sie zu Hause gepflegt, sieben Jahre lang. Dann ging es nicht mehr. Helmut Adler ist 78. Er sagt: »Wir sind 53 Jahre verheiratet, wir gehen diesen Weg gemeinsam bis zum Ende.«

Doch der Weg wird von Monat zu Monat schwieriger. Das liegt zuallererst am Gesundheitszustand seiner Frau, der sich kaum noch bessern wird. Es liegt aber auch am deutschen Pflegesystem. Das System führt dazu, dass die Pflege seiner Frau für den Metaller nicht nur eine emotionale Herausforderung ist. Sie fordert ihm auch finanziell extrem viel ab. Weit mehr, als er auf Dauer stemmen kann.

Adlers Frau hat Pflegegrad fünf, die höchste Stufe. Das bedeutet: Die Pflegeversicherung zahlt jeden Monat 2005 Euro. Das reicht aber bei weitem nicht, um die gesamten Pflegekosten abzudecken. Dazu kommen die Kosten der Heimunterbringung. Jeden Monat muss Helmut Adler mehr als 2700 Euro zuschießen. Weitere 100 Euro braucht er für medizinische Fuß-

pflege, Friseur und Apotheke. Der Metaller kann das nur bezahlen, weil er seine Ersparnisse aufzehrt und extrem sparsam lebt. »Mein Auto ist 28 Jahre alt«, sagt er. »Ich war seit zehn Jahren nicht im Urlaub und aus vielen Vereinen und meiner Partei bin ich ausgetreten, um die Mitgliedsbeiträge zu sparen.«

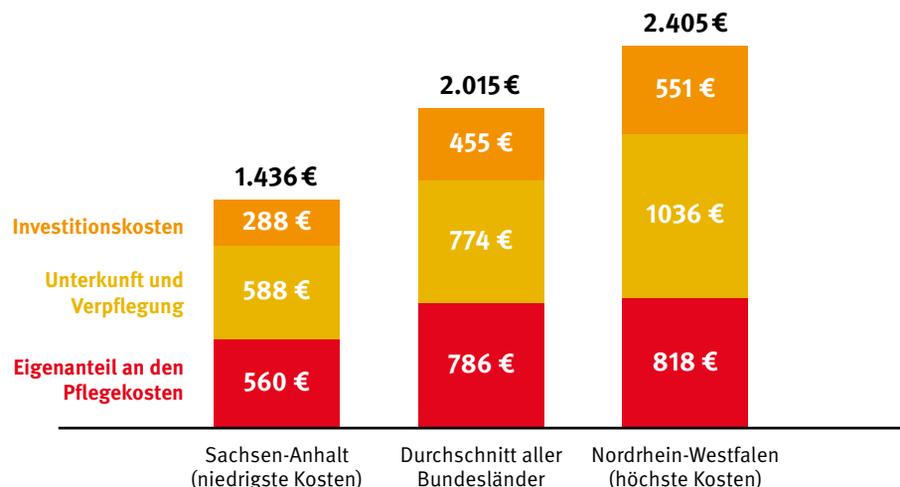
Erschöpfte Reserven

Lange reichen seine Rücklagen nicht mehr. Dann bleibt ihm nur noch eine Wahl: zum Amt gehen und Sozialhilfe beantragen. So wie Helmut Adler geht es vielen Menschen

in Deutschland. Derzeit beziehen vier Millionen Versicherte Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung. Durch die Alterung der Gesellschaft nimmt ihre Zahl immer weiter zu. Zwischen 1999 und 2017 stieg die Zahl der Pflegebedürftigen in



So viel zahlen Pflegebedürftige pro Monat (stationäre Pflege):



Quelle: vdek, Daten zum Gesundheitswesen (Stand Juli 2020).



Foto: Stephen Petrat

Täglicher Gang: Helmut Adler auf dem Weg zum Pflegeheim, in dem seine Frau untergebracht ist.

Fröhlichere Zeiten: Marita Adler vor ihrer Erkrankung, mit ihrem Mann auf der Terrasse des gemeinsamen Wohnhauses im sauerländischen Finnentrop.

Deutschland um 1,4 Millionen. Nach Schätzung der Bundesregierung dürfte sie bis 2050 um weitere zwei Millionen Menschen zunehmen.

Bei den meisten Betroffenen reichen die Alterseinkünfte nicht aus, um die Kosten für Pflege und Unterkunft zu decken. 36 Prozent aller Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen – obwohl sie ja eigentlich für den Pflegefall versichert sind.

Das Problem: Die Pflegeversicherung ist eine Teilkaskoversicherung. Sie zahlt monatlich einen fixen Zuschuss zu den Pflegekosten, gestaffelt nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit. Die tatsächlichen Pflegekosten liegen aber deutlich höher – und sind nur ein Teil der Gesamtkosten. Weitere Posten sind Unterkunft, Verpflegung und die sogenannten Investitionskosten, zum Beispiel für die Instandhaltung der Pflegeheime. Rechnet man alles zusammen, kommt man auf einen Betrag von durchschnittlich 2015 Euro, den Pflegebedürftige aktuell für Pflege und Unter-

kunft im Heim aufbringen müssen. Die regionalen Unterschiede sind groß: In Nordrhein-Westfalen kostet die stationäre Pflege im Schnitt sogar 2405 Euro monatlich. In Sachsen-Anhalt ist sie mit 1436 Euro am günstigsten (siehe Grafik links).

Die Folge: Selbst Menschen wie Helmut Adler, die 50 Jahre gearbeitet und ordentlich verdient haben, sind mit den Kosten völlig überfordert. Den gelernten Maschinenschlosser, der später auch für die IG Metall gearbeitet hat, macht das wütend: »Ich bin mit 13 Jahren in die Lehre gegangen, meine Frau und ich haben immer auf eigenen Füßen gestanden«, sagt er. »Jetzt sind wir bald auf Hilfe angewiesen.«

Die Politik hat das Problem endlich erkannt. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plant eine Pflegereform. Er will den Eigenanteil an den stationären Pflegekosten auf 700 Euro im Monat begrenzen. Diesen Betrag sollen Pflegebedürftige maxi-

mal 36 Monate lang zahlen. Außerdem sollen die Länder einen Zuschuss zu den Investitionskosten leisten. Die Zuschüsse für häusliche Pflege – Pflegegeld und Sachleistungen – sollen mit der Inflationsrate steigen.

Reformpläne gehen nicht weit genug

Eine solche Reform würde die Lage vieler Betroffener aber kaum lindern. Das Grundproblem bliebe bestehen: Die Pflegeversicherung ist keine Vollversicherung.

»Der von Spahn vorgeschlagene Deckel der Eigenanteile ist ein erster Schritt, aber bei Weitem nicht ausreichend«, sagt Hans-Jürgen Urban, im IG Metall-Vorstand zuständig für Sozialpolitik. »Viele Pflegebedürftige werden auch weiterhin über 2000 Euro im Monat für ihre stationäre Pflege zahlen müssen.« Pflegebedürftigkeit bleibe so mit einem hohen Armutsrisiko verbunden. »Die IG Metall fordert, die Pflegeversicherung zur Vollversicherung auszubauen, finanziert als Bürgerversicherung, in die alle einzahlen«, sagt Urban.

Helmut Adler trommelt deshalb für eine umfassende Pflegereform. Er hat viele Briefe geschrieben: an Jens Spahn, an Bundestagsabgeordnete, an den Landessozialminister. Beim WDR hat er eine Radiosendung zur Pflege angestoßen. Seine Forderung an die Politik: Die Pflegeversicherung soll für alle Menschen gelten. Und: »Sie soll die Kosten so weit tragen, dass auch Malocher und Angestellte sich die Pflege leisten können.«

Pflege: Das fordert die IG Metall

Die IG Metall setzt sich für ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem ein. Die gesetzliche Pflegeversicherung soll zu einer Bürgerversicherung werden, die alle Bürgerinnen und Bürger einbezieht – auch die, die bisher privat versichert sind. So kann gute Pflege solidarisch und nachhaltig finanziert werden. Die Pflegeversicherung muss eine Vollversicherung sein, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Außerdem müssen die Länder endlich ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und in die Pflegeinfrastruktur investieren, damit diese Kosten nicht auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden.

Müssen sich Arbeitnehmer impfen lassen?

RECHT SO Die ersten Impfstoffe gegen Corona sind zugelassen und die Impfungen in Deutschland sind gestartet. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen sich, ob sie sich impfen lassen müssen. Was Beschäftigte jetzt wissen müssen, erläutert Tjark Menssen.

Wer kann eine Impfung gegen das Coronavirus in Anspruch nehmen?

Anspruch haben alle Personen unabhängig von ihrem Krankenversicherungsstatus, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.

Darüber hinaus können sich auch Grenzpendler mit Wohnsitz im Ausland impfen lassen, wenn sie in Deutschland in bestimmten Einrichtungen oder Unternehmen arbeiten, in denen eine Eindämmung der Infektionen besonders wichtig ist. Dazu zählen beispielsweise Einrichtungen des Gesundheitswesens (etwa Pflegedienste) oder die Feuerwehr.

Welche Reihenfolge ist für die Impfung vorgesehen?

Der Impfstoff ist zunächst nur begrenzt verfügbar. Die Impfverordnung des Bundesgesundheitsministeriums unterscheidet deshalb zwischen Personen mit höchster, hoher und erhöhter Priorität und regelt die Reihenfolge, in der diese drei Gruppen nacheinander geimpft werden sollen.

Die Länder und der Bund sollen den vorhandenen Impfstoff in der sich daraus ergebenden Reihenfolge nutzen. Innerhalb dieser Gruppen sind in Abhängigkeit von der epidemiologischen Lage vor Ort weitere Priorisierungen möglich.

Personen, die keiner dieser prioritär zu impfenden Gruppen angehören, sollen als vierte und letzte Gruppe geimpft werden.

Welche Personen genießen welche Prioritäten?

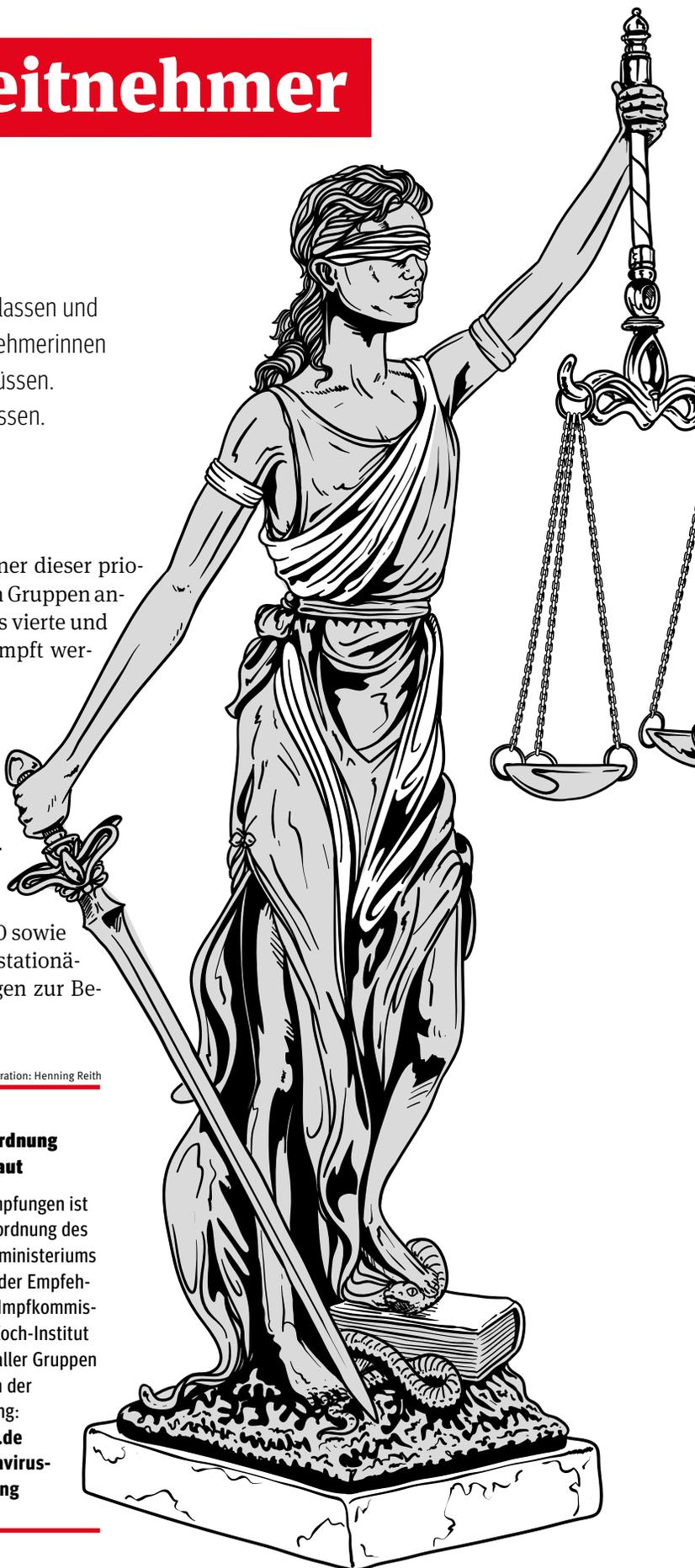
► **Gruppe mit höchster Priorität:** Höchste Priorität haben Menschen ab 80 sowie all jene, die in stationären Einrichtungen zur Be-

Illustration: Henning Reith

Die Impfverordnung im Wortlaut

Die Priorität der Impfungen ist in einer Rechtsverordnung des Bundesgesundheitsministeriums festgelegt, die auf der Empfehlung der Ständigen Impfkommission beim Robert Koch-Institut aufbaut. Eine Liste aller Gruppen findet Ihr in der Verordnung:

► [bundesanzeiger.de](https://www.bundesanzeiger.de)
→ Suche: **Coronavirus-Impfverordnung**



handlung, Betreuung oder Pflege älterer oder pflegebedürftiger Menschen tätig sind sowie die pflegebedürftigen Menschen selbst. Zur ersten Gruppe gehört zudem, wer auf Intensivstationen, in Notaufnahmen, in Rettungsdiensten oder den Impfzentren arbeitet.

► **Gruppe mit hoher Priorität:** Zur zweiten Kategorie mit hoher Priorität zählen alle ab 70 Jahren sowie Menschen mit einem sehr hohen oder hohen Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf. Dazu gehören zum Beispiel Demenzkranke sowie Menschen mit Trisomie 21 und Transplantationspatienten. Auch eine Kontaktperson von Pflegebedürftigen sowie von Schwangeren darf sich dann impfen lassen. Gleiches gilt für Menschen in Flüchtlings- oder Obdachlosenunterkünften.

► **Gruppe mit erhöhter Priorität:** Zur dritten Gruppe gehören alle ab 60 Jahren. Menschen mit starkem Übergewicht (Body-Mass-Index über 30), chronischer Nieren- oder Lebererkrankung, Immundefizienz, HIV, Diabetes, Herzerkrankungen oder Bluthochdruck. Genannt werden Krebs- und Asthmakranke sowie Menschen mit Autoimmun- oder rheumatischen Erkrankungen. Zudem Mitarbeiter von Verfassungsorganen, Regierungen, Verwaltungen, Justiz, Feuerwehr, Katastrophenschutz sowie dem Lebensmitteleinzelhandel. Dazu gehören auch Menschen in prekären Arbeitsbedingungen.

Gibt es eine Impfpflicht oder ist eine solche geplant?

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Corona ist nicht vorgesehen. Bislang ist auch nicht beabsichtigt, eine gesetzliche Impfpflicht für bestimmte Personen- oder Beschäftigtengruppen einzuführen.

Darf ein Arbeitgeber verlangen, dass Beschäftigte sich gegen Corona impfen lassen?

Der Arbeitgeber kann eine solche Impfung grundsätzlich nicht verlangen, es



Foto: Frank Rumpenhorst

Tjark Menssen

ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis.

Weitere Fragen zum Rechtsschutz?

Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft weiter:

📞 [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

sei denn, sie ist gesetzlich für bestimmte Beschäftigtengruppen vorgeschrieben.

Kann der Arbeitgeber Maßnahmen gegen Beschäftigte ergreifen, die sich nicht impfen lassen wollen?

Da es keine gesetzliche Impfpflicht gegen Corona gibt, kann der Arbeitgeber keine Maßnahmen gegen die ergreifen, die nicht geimpft sind oder es nicht vorhaben. Mit oder ohne Impfung: Der Arbeitgeber bleibt arbeitsvertraglich zur Beschäftigung verpflichtet.

Sollte ein Arbeitgeber gleichwohl eine vertragsgemäße Beschäftigung von einer Impfung abhängig machen und beispielsweise den Zutritt zum Betrieb oder einem Betriebsteil verweigern, gerät er unter Umständen in den sogenannten Annahmeverzug. Bieten Beschäftigte ihre Arbeit ansonsten ordnungsgemäß an, muss der Arbeitgeber die Vergütung zahlen.

Darf ich mich während der Arbeitszeit impfen lassen?

Dort, wo dies nicht durch spezielle Regelungen ausdrücklich gestattet ist, ist ein Beschäftigter im Grundsatz gehalten, Impftermine auf die Zeit außerhalb der Arbeitszeit zu legen. Allerdings

muss er dafür keine unzumutbaren Umstände auf sich nehmen. Liegen sämtliche zeitnahen Terminangebote in der Arbeitszeit, wird es dem Beschäftigten in der Regel nicht zuzumuten sein, die Impfung auf einen deutlich späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Was passiert, wenn ich an COVID-19 erkrankte und mich nicht habe impfen lassen?

Beschäftigte, die an COVID-19 erkranken und dadurch arbeitsunfähig sind, sind grundsätzlich wie andere Beschäftigte zu behandeln. Sie erhalten zunächst grundsätzlich für sechs Wochen die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall von ihrem Arbeitgeber und anschließend das Krankengeld von der Krankenkasse. Diese Regel gilt auch dann, wenn ein Beschäftigter an COVID-19 erkrankt, obwohl er sich hätte impfen lassen können.

Teilweise wird zwar die Auffassung vertreten, dass bei einer Coronaerkrankung, die aktuell auch stets eine Quarantäneanordnung nach sich zieht, die Arbeitsunfähigkeit nicht durch die Erkrankung, sondern durch die behördliche Anordnung erfolgt, sodass der Arbeitgeber nicht zur Entgeltfortzahlung verpflichtet ist. Tatsächlich ist aber die Quarantäneanordnung nicht die Ursache des Arbeitsausfalls, sondern die Folge der Erkrankung. Das Bundesarbeitsgericht hat daher vor Jahren entschieden, dass das Recht auf Entgeltfortzahlung weiterhin besteht.

Arbeitnehmer können unter Umständen ihren Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall verlieren, wenn sie ihre Erkrankung verschuldet haben. Das setzt aber voraus, dass sie sich leichtfertig oder vorsätzlich Risiken ausgesetzt haben, die gravierend gegen »das von einem verständigen Menschen im eigenen Interesse zu erwartende Verhalten« verstößt. Allein die Tatsache, dass eine empfohlene Impfung nicht wahrgenommen wurde, begründet einen solchen Verstoß nicht – dasselbe gilt bei sonstigen Erkrankungen, gegen die Impfungen vorhanden sind und empfohlen werden.

Steuererklärung

Das gibts vom Fiskus zurück

Die Steuererklärung für das Jahr 2020 wird für die gesetzlich verpflichteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner am 31. Juli 2021 fällig, wenn sie diese selbst erstellen. Bis dahin muss die Steuererklärung beim Finanzamt eingetroffen sein. Die verlängerte Frist bis Ende Februar 2022 gilt nur, wenn die Abgabe über einen Lohnsteuerhilfeverein oder Steuerberater erfolgt.

Wegen der Coronakrise hat der Gesetzgeber 2020 mit den Steuerhilfegesetzen steuerliche Erleichterungen beschlossen, sodass auch Beschäftigte die Möglichkeit haben, die veränderte Arbeitssituation während Corona bei der Steuererklärung für 2020 finanziell geltend zu machen.

RATGEBER Ob Werbungskosten oder Pendlerpauschale – in vielen Fällen lohnt eine Einkommensteuererklärung. Wir zeigen, was Steuerpflichtige wegen der Coronapandemie beachten sollten. | **Von Antonela Pelivan**

Pauschbetrag

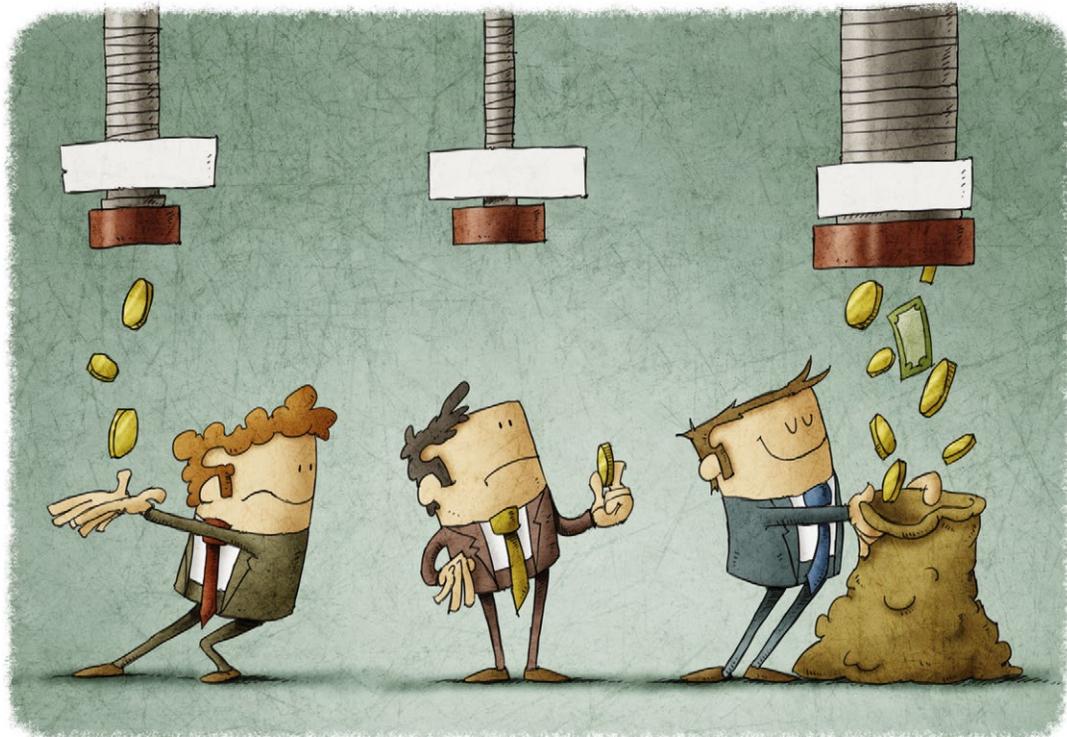
Werbungskosten sind Ausgaben, die einem Arbeitnehmer durch den Beruf entstehen. Wer in der Steuererklärung keine höheren Werbungskosten nachweist, bei dem berücksichtigt das Finanzamt automatisch den jährlichen Pauschbetrag von 1000 Euro, bei Rentnern 102 Euro. Wer höhere Kosten absetzen will, muss die Ausgaben belegen.

Entfernungspauschale

Zu den wichtigsten Werbungskosten zählen die Fahrten zum Arbeitsplatz. Für den Weg zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte können Berufstätige 30 Cent pro Kilometer und Arbeitstag steuerlich geltend machen. Und zwar unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. Keine Rolle spielt, wie man zum Arbeitsplatz kommt und ob einem tatsächlich Kosten entstanden sind. Auch wer in einer Fahrgemeinschaft mitfährt, kann die volle Entfernungspauschale ansetzen. Gleiches gilt auch für Ehepaare, die gemeinsam zur Arbeit fahren.

Die Pauschale ist auf 4500 Euro im Jahr begrenzt. Einen höheren Betrag erkennt der Fiskus nur an, wenn man mit dem eigenen Fahrzeug zur Arbeit fährt. Selbst dann, wenn man kein eigenes Auto hat und das der Eltern, Geschwister oder das des Partners nutzt.

Die meisten Arbeitnehmer fahren am selben Tag zur Arbeit und wieder nach Hause. Diese Pauschale von 30 Cent pro Kilometer deckt gemäß dem Einkommensteuergesetz sowohl die Hin- als auch die Heimfahrt ab. Unerheblich ist dabei die Reihenfolge der



▼
Geld vom Fiskus nicht verschenken: Für viele lohnt es sich, eine Lohnsteuererklärung abzugeben.

Arbeitsfahrten. Sucht ein Nachtarbeiter am Morgen zuerst die Wohnstätte auf und am selben Abend wieder die Arbeitsstätte, kann er ebenfalls den vollen Abzug nutzen.

Achtung: Anders wird ab sofort gerechnet, wenn die Tätigkeit zwischen der Hin- und Rückfahrt eine mehrtägige Abwesenheit, wie bei Berufskraftfahrern oder Arbeitnehmern mit mehrtägigen Dienstreisen, mit sich bringt. Der Bundesfinanzhof hat mit Urteil vom 12. Februar 2020 (VI R 42/17) den Sachverhalt endgültig neu geregelt: Legt ein Arbeitnehmer nur einen Weg zurück, weil er an einem anderen Arbeitstag nach Hause zurückkehrt, dürfen nur 15 Cent je Entfernungskilometer und je Arbeitstag geltend gemacht werden. Beschäftigte, die sonst mit dem

Auto zur Arbeit fahren und wegen Corona seit Wochen oder Monaten im Homeoffice arbeiten, werden auch deutlich weniger Kilometer auf dem Tacho haben. Sie müssen damit rechnen, dass das Finanzamt Steuererklärungen prüfen wird, in denen für 2020 Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte mit 220 Arbeitstagen angegeben sind.

Berufspendler, die auf ihrer elektronischen Lohnsteuerkarte (ELStAM) einen Freibetrag eingetragen haben, sind verpflichtet, dem Finanzamt mitzuteilen, wenn sich die genehmigte Lohnsteuerermäßigung ändert. Das gilt unter anderem auch, wenn sich die Entfernungspauschale wegen Homeoffice oder Jobwechsel verringert.

Gewerkschaftsbeitrag

Ebenfalls als Werbungskosten absetzbar sind Gewerkschaftsbeiträge. Das gilt auch für steuerpflichtige Rentner, Altersteilzeitler und Vorruheständler. Hierzu hat die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main bereits am 18. September 2002 eine Verfügung erlassen (S 2212 A – 2 – St II 27).

Lohnersatzleistungen und Steuern

Das Kurzarbeitergeld (KuG) ist eine Lohnersatzleistung und grundsätzlich steuerfrei. Aber es erhöht den Prozentsatz der übrigen steuerpflichtigen Einkünfte. Das ist der sogenannte Progressionsvorbehalt. Das bedeutet, dass das Kurzarbeitergeld im Rahmen der Steuererklärung, also im Nachhinein, zum regulären Arbeitslohn hinzugerechnet wird, um den individuellen Steuersatz festzulegen. Es erhöht somit die Bemessungsgrundlage und den Steuersatz für den regulär ausbezahlten Lohn und alle übrigen steuerpflichtigen Einkünfte.

Die Folge: Wer in einem Kalenderjahr eine Lohnersatzleistung wie KuG, Arbeitslosen- oder Krankengeld bezieht, muss mit Steuernachforderungen rechnen. Das gilt auch für Leistungen wie etwa das Mutterschafts-, Übergangs-, Verletzten- oder Elterngeld sowie das Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld. Beschäftigte sind bei Bezug von Kurzarbeitergeld verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben, wenn das KuG 410 Euro im Jahr übersteigt. Ob es überhaupt zu einer Steuernachzahlung kommt und wie hoch diese letztlich ausfällt, hängt von den Einkommensverhältnissen im Jahr der Kurzarbeitergeldzahlung ab. Liegen keine sonstigen steuerpflichtigen Einnahmen vor, etwa weil der Ehepartner keine Einkünfte hat, kommt es in der Regel auch zu keiner Steuernachzahlung. Der Progressionsvorbehaltrechner

des Bayerischen Landesamts für Steuern ermittelt die einkommensteuerliche Belastung (ohne Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) unter Berücksichtigung des Progressionsvorbehalts.

► finanzamt.bayern.de

→ **Themaseite Coronavirus**

Pauschale im Homeoffice

Wegen der Coronapandemie arbeiten seit dem Frühjahr 2020 zahlreiche Beschäftigte von zu Hause. Der Gesetzgeber hat für das Steuerjahr 2020 und 2021 eine sogenannte Homeofficepauschale eingeführt. Die Pauschale gibt es ausdrücklich auch dann, wenn kein abgetrenntes Arbeitszimmer zur Verfügung steht, sondern am Küchen- oder Esszimmertisch gearbeitet wird. Das Finanzamt erkennt pauschal fünf Euro an für jeden Tag, an dem während der Coronapandemie ausschließlich von zu Hause gearbeitet wurde. Der Betrag ist allerdings gedeckelt. Das heißt: Mehr als 600 Euro dürfen nicht eingetragen werden. Diese Summe erreichen Beschäftigte, die mindestens an 120 Tagen im Homeoffice gearbeitet haben.

Die Pauschale ist Bestandteil der Werbungskostenpauschale von 1000 Euro. Das heißt: Wer außer der Homeofficepauschale von 600 Euro keine Werbungskosten hat oder auch mit weiteren Werbungskosten nicht die Grenze von 1000 Euro überschreitet, hat nichts von ihr.



Lohnsteuerberatung für Mitglieder

- Eine günstige Steuerberatung für Mitglieder bietet die IG Metall-Servicegesellschaft in Kooperation mit rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen an. Alle Beraterinnen und Berater haben die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen fachlichen Zertifikate und sind bei der Aufsichtsbehörde registriert.
- Für Mitglieder der IG Metall entfällt die Aufnahmegebühr und sie zahlen je nach Einkommen einen sozial gestaffelten Beitrag.
- Die Lohnsteuerberatung der Kooperationspartner wird auch in den Räumlichkeiten vieler IG Metall-Geschäftsstellen angeboten. Mehr erfahren registrierte Mitglieder hier:

► igmservice.de/beratung

Integrationsangebote in Wohnortnähe finden

Wo gibt es in meiner Nähe einen Integrationskurs? Wo finde ich in meiner Stadt eine Migrationsberatungsstelle? Antworten auf diese und andere Fragen liefert das »BAMF-Navi«. Über das geobasierte digitale Auskunftssystem des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge können Interessierte etwa nach geplanten und laufenden Integrationskursen, Migrationsberatungsstellen sowie Kontaktdaten der Behörden suchen.

► bamf.de/bamf-navi

Souverän in der digitalen Welt

Auf der Lernplattform »IT-Fitness« könnt Ihr Euch online kostenlos in Windows- und Office-Anwendungen schulen. Tests, Hintergründe und Trainings als Kernelemente unterstützen dabei interaktiv und werden durch verschiedene Veranstaltungsformate ergänzt.

► it-fitness.de

Qualität beruflicher Weiterbildung checken

Berufliche Weiterbildung wird immer wichtiger. Wichtige Fragen dazu sowie zur Finanzierung beantwortet die Checkliste Weiterbildung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Anhand von Leitfragen können sich Interessierte an Weiterbildungsberufe, Lernformen und Anbieter herantasten. Mit rechtlichen Rahmenbedingungen, Links und Glossar. PDF zum Herunterladen:

► bibb.de/checkliste

Smarte Ausbildung fürs Smart Home

GEBÄUDESYSTEMINTEGRATOR Ab kommendem Ausbildungsjahr gibt es einen neuen anspruchsvollen Beruf, den Elektroniker für Gebäudesystemintegration. In intelligenten Gebäuden sorgt er für die Steuerung von Heizung, Lüftung, Beschattung und Sicherheit. | Von Martina Helmerich

Corona hat der Baubranche nicht geschadet. Im Gegenteil: Es wird außerordentlich viel gebaut. Auch die Innenausstattung von Wohnhäusern und Gewerbeimmobilien wird immer aufwendiger. Die Heizung aus der Ferne per App zu steuern gehört heute schon fast zum Standard, wenn man neu baut. Aber es gibt noch viel mehr Anwendungen für Komfort, Energiesparen und Sicherheit. Wohnen im Smart Home erfreut sich deshalb großer Nachfrage.

Das Innenleben von Gebäuden vernetzen Spezialisten, die wissen, wie es geht, und sich in verschiedenen Gewerken wie Heizung, Lüftung, Beschattung und Energiesystemen auskennen. Sie müssen in der Lage sein, die digitalen Systeme aufeinander abzustimmen und zu vernetzen. Sie sorgen dafür, dass die Waschmaschine den überschüssigen Strom der Fotovoltaikanlage nutzt. Der wird dann nicht ins Stromnetz eingespeist, sondern für stromintensive Geräte selbst genutzt. Der Systemintegrator sorgt dafür, dass die Jalousien bei starker Sonneneinstrahlung automatisch herrunterfahren und das Gebäude vor Erwärmung schützen. Die Möglichkeiten sind praktisch unbegrenzt.

Technikaffin und gut in Mathe

Der neue Beruf des Elektrikers für Gebäudesystemintegration kommt zum jetzigen Zeitpunkt wie gerufen. Ab kommendem Ausbildungsjahr können junge Leute diesen neuen Handwerksberuf in dreieinhalb Jahren erlernen. Die IG Metall hat beim Konzept des Berufs entscheidend mitgewirkt und Fachleute aus Elektrobetrieben mit eingebunden. Zielgruppe sind Jugendliche und Schulabgänger, die ein



Pandemie verschlechtert Lage auf dem Ausbildungsmarkt

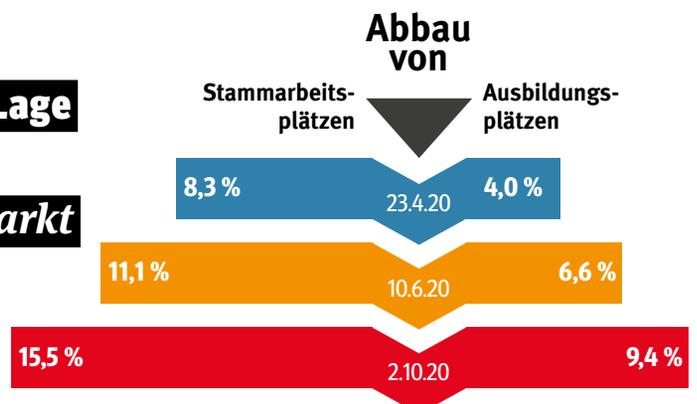




Foto: Jean-Philippe WALLET/Stock

Gebäudesystemintegrator ist ein anspruchsvoller Beruf und das Richtige für junge Leute mit einem Händchen für Technik.

ausgeprägtes Interesse an komplexeren Zusammenhängen mitbringen. Der neue Ausbildungsberuf richtet sich insbesondere an Abiturienten und Studienumsteiger. Er ist genau das Richtige für Technikaffine, die kein Problem mit Mathe haben.

Angeboten wird die Ausbildung in elektrohandwerklichen Unternehmen, die gewerkeübergreifende Projekte ausführen und schwerpunktmäßig in der Energie- und Gebäudetechnik tätig sind.

Frank Gerdes von der Berufsbildung der IG Metall rechnet damit, dass im nächsten Ausbildungsjahr etwa 500 Azubis

anfangen. »Mit steigender Tendenz, denn der Beruf Gebäudesystemintegrator und Gebäudesystemintegratorin ist absolut krisenfest«, sagt Gerdes.

Der Metaller Andreas Hochecker kümmert sich bei der Firma Kreuzpointner um die Ausbildung der technischen Berufe. Auch für den Ausbildungsgang Gebäudesystemintegrator, den er in den Beratungen mit dem Bildungsministerium quasi mit aus der Taufe gehoben hat, ist er dann zuständig. Hochecker freut sich auf die neuen Auszubildenden in seinem Betrieb, die in der Akademie von Kreuzpointner zusätzlich geschult werden. »Die besondere Aufgabe der zukünftigen Fachkräfte wird es sein, die vielen Systeme zu kennen, die es auf dem Markt gibt«, sagt der Experte.

Eine Betriebsrätebefragung im Organisationsbereich der IG Metall belegt, dass die Betriebe zunehmend Arbeits- und Ausbildungsplätze abbauen (siehe Grafik links). Auch für 2021 ist keine Entspannung in Sicht. Mit dem Bundesprogramm »Ausbildung sichern«, das mit 500 Millionen Euro ausgestattet ist, können Härten abgefedert und das Ausbildungsengagement unter konkreten Voraussetzungen temporär gefördert werden. Die IG Metall fordert die Unterstützung bei Weiterführung der Ausbildung während Kurzarbeit, die Prämie für die Übernahme von Azubis aus einem insolventen Betrieb und die Beihilfe für eine Ausbildung im Verbund. Das Programm greift jedoch nur unzureichend. Gefragt sind keine kurzfristigen Krisenlösungen, sondern weitreichende und vor allem verbindliche politische Lösungen wie eine Ausbildungsgarantie. Die Coronakrise ist nach Einschätzung der IG Metall nicht die eigentliche Ursache des Problems. »Sie wirkt aber wie ein Katalysator«, sagt das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban.

IG Metall fordert eine Ausbildungsgarantie

AUSBILDUNG Corona verschärft die Probleme junger Menschen, im Berufsleben Fuß zu fassen. Wir müssen mit einer Ausbildungsgarantie gegensteuern, sagt Thomas Ressel von der IG Metall.

Was sind die Hürden bei der Suche nach einer Ausbildung?
THOMAS RESSEL: Es gibt keine Ausbildungsmessen und weniger Praktika. Corona erschwert den Kontakt zu den Betrieben. Zudem setzen die Arbeitgeber den Rotstift an.

Wie wirkt sich das auf die Ausbildungszahlen aus?
RESSEL: Wir haben bei betrieblichen Ausbildungsplätzen einen Rückgang um 51 000. Die Betriebe haben 2020 rund 9 Prozent der Ausbildungsplätze abgebaut. Über 78 000 junge Menschen haben erfolglos eine Ausbildungsstelle gesucht. So wird der Anteil von Menschen ohne Berufsabschluss künftig weiter steigen.

Wie kann man das verhindern?
RESSEL: Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie. Wer keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, soll außerbetrieblich mit der Ausbildung starten und möglichst schnell in betriebliche Ausbildung übergehen. Nicht ausbildende Betriebe müssen an der Finanzierung der Garantie beteiligt werden. Es geht um ihren Fachkräftenachwuchs.



Foto: IG Metall

Thomas Ressel leitet das Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik der IG Metall.

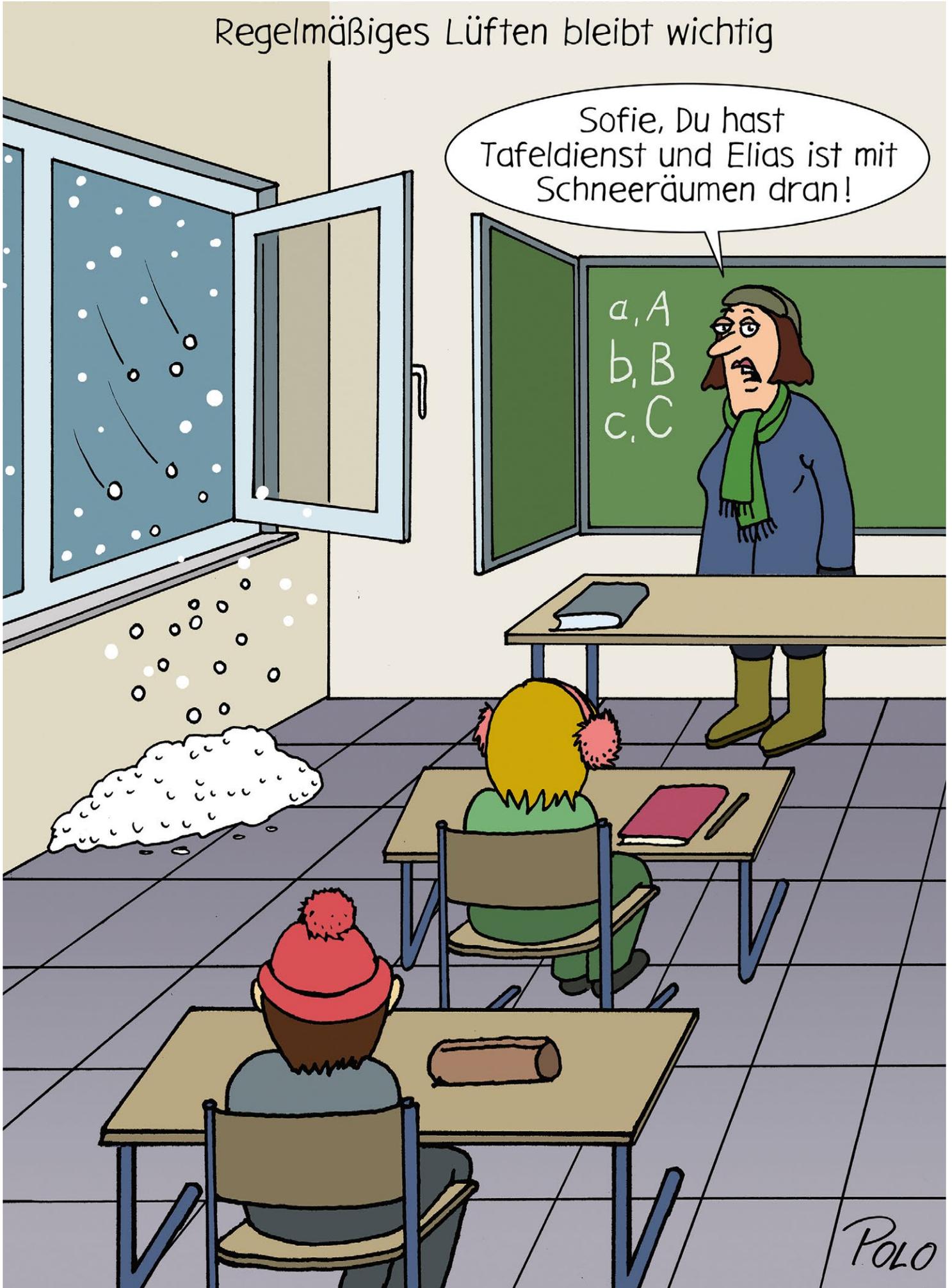
Regelmäßiges Lüften bleibt wichtig

Sofie, Du hast Tafeldienst und Elias ist mit Schneeräumen dran!

a, A
b, B
c, C

Karikatur: André Poloczek

POLO



BILDERRÄTSEL



Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der **metallzeitung** findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.

Die Preise im Februar

Erster Preis:
Ein Laufshirt
»Respekt! Läuft mit«

Zweiter Preis:
Ein Schweizer Messer

Dritter Preis:
Eine IG Metall-Basecap

Einsenden*

Schicke die Lösung mit Vor-, Nachnamen und Adresse bis 15. Februar 2021 per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

*Vor-, Nachname und Ort der Gewinnerinnen und Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber:

Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur:

Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich,
Christoph Böckmann,
Jan Chaberny,
Dirk Erb,
Martina Helmerich,
Antonela Pelivan,
Jacqueline Sternheimer

Art-Direktion:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Henrizi

Sekretariat:

Beate Albrecht

metallzeitung.de

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als PDF oder Word-Datei:

metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt
info@zweiplus.de

Druckvorstufe:

datagraphis GmbH

Druck und Versand:

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG



Papier: **metallzeitung** erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier der **metallzeitung** besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.

SERVICE

Hier kannst Du Dich registrieren



Manche Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/anmelden

Deine Geschäftsstelle



Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: igmetall.de/vor-ort

Lesertelefon

0800 446 38 25

Deine Fragen zu unseren Berichten in der metallzeitung beantworten wir unter dieser gebührenfreien Rufnummer montags bis donnerstags von 9 bis 16 und freitags von 9 bis 13 Uhr, Fax: 069 66 93-20 02. metallzeitung@igmetall.de

Neue Kühlschmierstoffliste



Wenn es läuft wie geschmiert, ist dies in der Regel Kühlschmierstoffen zu verdanken. Die haben es allerdings in sich. Die aktuelle Liste für Kühlschmierstoffe für die Metallbearbeitung findet Ihr hier: igmetall.de/kuehlschmierstoffe

Hier wirst Du Mitglied



Hier kannst Du Mitglied werden: igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.